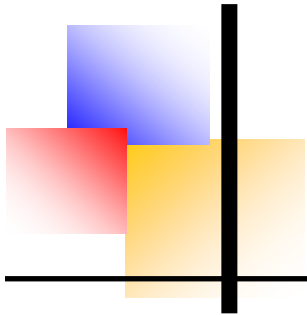




Liebe Leserin, lieber Leser! Das Jahr 2025 ist für den VkdL ein besonderes Jahr, denn am 13. September 2025 besteht der Lehrerinnenverband seit 140 Jahren und blickt dabei auf eine wechselvolle Geschichte zurück: auf eine Geschichte des gesellschaftlichen und kirchlichen Wandels seit 1885, aber auch auf die Geschichte einer 140-jährigen Treue zum katholischen Bekenntnis, das für die Pädagoginnen stets Leitstern für das eigene Handeln war. Vom 11. bis 14. September kehrt der VkdL an seinen Gründungsort zurück, um in Maria Laach sein Jubiläum zu feiern. Wir freuen uns, wenn Sie mit dabei sind!

Ihre E. Peerenboom-Dartsch

VkdL-Info No. 4 / 2025



Hat die moderne Schule noch die richtigen Ziele?

Rheinland-Pfalz will sich vom Leistungsgedanken verabschieden. Dort soll es zukünftig keine unangekündigten Tests mehr geben, „die sich auf Hausaufgaben und somit aktuellen Unterrichtsstoff beziehen“, so ein Bericht von **welt.de vom 26.8.2025**. Die Maßnahme möge gut gemeint sein, dokumentiere aber, dass man in eine leistungsschwächere Gesellschaft abdrifte, weil wichtige Werte wie „Fleiß, Leistung und Arbeitsbereitschaft“ nicht mehr vermittelt werden. Wenn **Bildungsminister Sven Teuber (SPD)** erklärt, dass unangekündigte Hausaufgabenüberprüfungen nicht zu einer modernen Schule passen, weil unnötiger Stress die Lernprozesse behindere, so sende die Landesregierung bei Schülerinnen und Schülern die Botschaft: „Es ist egal, ob du dich vorbereitest. Es ist egal, ob du lernst. Wenn du den Stoff brauchst, bekommst du Bescheid.“ Diese Haltung der Gleichgültigkeit könne eine moderne Gesellschaft nicht gebrauchen, weil sie auf Menschen angewiesen sei, die fleißig und engagiert Ziele verfolgen. Einer, der immer schon auf diesen Fehler im System hingewiesen hat, ist der ehemalige ehrenamtliche Präsident des **Deutschen Lehrerverbandes: Josef Kraus**. Der Gymnasiallehrer und Schulpsychologe aus Bayern forderte erst jüngst wieder, dass im Lebensraum Schule wieder das Leistungsprinzip installiert werden müsse, denn: Bildung geht nun mal nicht ohne Anstrengung. Eine Inflation der Bestnoten diskreditiere das Leistungsprinzip, wenn fast alle Schülerinnen und Schüler die Noten 1 oder 2 „als Standard“ bekämen. Das heutige Abitur attestiere keine „Studierbefähigung“ mehr, sondern bestenfalls eine „Studierberechtigung“. Die Quote der „Studierberechtigten“ liege inzwischen bundesweit bei etwa 50 %. Ein Ungleichgewicht zwischen den Berufsbildungen und den Studiengängen spiegelt Vielfalt, aber nicht unbedingt Qualität: Es gibt 350 Berufsbildungsordnungen, aber rund 18.000 Studienordnungen! Lehrpläne seien überfrachtet mit Kurzzeit-Wissen, aber echte Bildung, die sich z.B. in Deutsch an einem Lektürekanon orientiert, wird stiefmütterlich behandelt. Seit PISA hänge die Bildungswelt an „Kompetenzen“ fest, die vermeintlich messbar sind, aber nicht wirklich auf das Leben vorbereiten. Wichtig ist Kraus dabei vor allem eines: „Ohne präsenten Vorratswissen ist man nicht mündig, weil verführbar.“ Für eine Demokratie ist dies eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Hinzu komme der eklatante Lehrermangel, weil die Personalplanung der 16 deutschen Schulminister versage. (Quelle: *Junge Freiheit*, 22.8.2025) **Hinweis: Josef Kraus hält bei der diesjährigen Jubiläumsveranstaltung des VkdL in Maria Laach die Laudatio für den Preisträger des vierten Pauline-Herber-Preises: für das christliche Magazin GRANDIOS.**

Ein Kind um jeden Preis? — Leihmutterschaft im Fokus

In der Öffentlichkeit wird inzwischen vielfach gar nicht mehr hinterfragt, ob die Reproduktionsmedizin und die Leihmutterschaft ethisch vertretbar ist. Technisch ist heute einiges machbar. Aber ist das auch mit christlichen Vorstellungen vereinbar?

Der Verein „Rote Rose e.V.“ widmet sich dem Thema im Rahmen seiner Jahrestagung 2025:

Thema: „Ein Kind um jeden Preis?“

Ethische und rechtliche Aspekte der Leihmutterschaft

Wann: 25. — 27. September 2025

Wo: Bischöfliches Seminar St. Willibald, Eichstätt

Vorträge von Prof. Dr. Christoph von Ritter („Gibt es ein Recht auf ein Kind?“), Dr. Felix Böllmann (Rechtliche Aspekte der Leihmutterschaft), Cornelia Kaminski (Medizinische Risiken für Mutter und Kind) u. Birgit Kelle („Ich kauf mir ein Kind...“ — Das Geschäft mit dem Wunschkind). Weitere Infos bei: Oda von Jagwitz, Telefon: 0152-55970761, Mail: oda.jagwitz@outlook.de

Papst will den Weg zu Hoffnung und Frieden ebnen

Bei einem Treffen mit katholischen Politikern im Vatikan, das am 23. August stattfand, forderte Papst Leo XIV., dass die Politik und die Wirtschaft sich gemeinsam für eine Welt einsetzen, „in der Macht durch das Gewissen gezügelt werde und das Gesetz im Dienst der Menschenwürde stehe“, so zitiert KNA den Heiligen Vater in einem Bericht vom 25.8.2025. Der Papst warnte vor Hoffnungslosigkeit, die sich breit mache. Sie sei „gefährlich und selbstzerstörerisch“. Häufig werde ein erfülltes Leben mit materiellem Reichtum und technologischer Bequemlichkeit verwechselt. Aber viele Menschen in wohlhabenden Gesellschaften seien sehr einsam. Menschliches Gedeihen könne nur gelingen, wenn der Mensch sich körperlich, sozial, kulturell und spirituell entfalten dürfe. Dazu gehört auch „die Freiheit, nach der Wahrheit zu suchen, Gott zu verehren und Familien zu gründen“. Diese „Vision vom Menschen“ sei im Naturrecht verwurzelt: in „der moralischen Ordnung, die Gott in das Herz des Menschen geschrieben hat und deren tiefere Wahrheiten durch das Evangelium Christi erleuchtet werden“, so Papst Leo XIV. Für den 22. August hatte der Heilige Vater zu Gebet und Fasten für den Frieden aufgerufen. **Der VkdL begrüßt die Worte des Papstes an alle Menschen guten Willens, für den Frieden zu beten und Hoffnung zu entfachen, statt aufzugeben. In der gegenwärtigen zerbrechlichen Weltlage ist die Verankerung im Glauben wichtiger denn je. Familien und Pädagogen sollten jungen Menschen Wege aufzeigen, in Vertrauen auf Gott für eine friedvolle Zukunft zu kämpfen.**

Die Grünen fordern Reform beim Sitzenbleiben

Unter dem plakativen Motto „Sitzenbleiben ist teuer, wirkungslos und ungerecht“ veröffentlichten die Landtags-Grünen in Bayern am 9. Juli 2025 auf ihrer Homepage eine Forderung, die in der Bildungsgeschichte immer wieder debattiert wurde, aber in Bayern bislang keinen Erfolg hatte. Sie wollen das Sitzenbleiben ganz abschaffen, um angeblich eine „echte Förderoffensive statt Wiederholungsschleifen“ zu implementieren. Das Argument, pädagogisch bringe das Sitzenbleiben keinen Gewinn, wird jedoch sowohl vom bayerischen Kultusministerium als auch vom Deutschen Lehrerverband völlig anders eingeschätzt.

So betonte der **DL-Präsident Stefan Düll** gegenüber „Pro Sieben“ (newstime, 21.8.2025 unter www.prosieben.de): „Der DL steht zum Leistungsprinzip. Dazu gehört, dass bei einem nicht mehr ausreichenden Notenbild das Jahrgangsstufenziel nicht erreicht ist.“ Für manche Schülerinnen und Schüler sei das Wiederholen eines Schuljahres „eine Chance, Lerninhalte zu festigen und sich neu zu orientieren“, so Düll.

Der VkdL lehnt die Forderung der bayerischen Grünen aus pädagogischen Gründen ab und erkennt noch einen anderen Zusammenhang: Eine Jahrgangswiederholung deutet in **zwei Richtungen**: Entweder hat es der Schüler an Lernerfolg fehlen lassen, dann dürfte diese Konsequenz ihn erkennen lassen, dass Tun und Nichttun Folgen mit sich bringen. Dafür müssen weder die Eltern noch die Lehrer die Verantwortung übernehmen, sondern der Schüler selbst, wenn er ernstgenommen werden möchte. Die andere Richtung könnte darauf hinweisen, dass der Schüler nicht in der richtigen Schulform lernt. Auch wenn i.d.R. das Gymnasium die bevorzugte Wahl der Eltern ist, so sollte doch eine Schule gewählt werden, die den Begabungen des Kindes entspricht, wobei durchaus auch die Durchlässigkeit des Schulsystems für „Spätentwickler“ einbezogen werden darf. Hier sieht der VkdL eine Aufgabe der Politik, nämlich in der Öffentlichkeit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Schularten und ihrer Chancen darzustellen. Das wäre eine „echte Förderoffensive“.

Drogen- und Suchtbeauftragter warnt

Drogen sind mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das seit dem 1. April 2024 gültige neue Gesetz zur Legalisierung des Cannabis-Gebrauchs sieht der Drogen- und Suchtbeauftragte der Bundesregierung, **Hendrik Streek (CDU)**, sehr kritisch. Leider werde inzwischen der sogenannte „Medizinal-Cannabis zu oft für den Freizeitkonsum missbraucht“, so betonte der Politiker Ende August gegenüber der „Rheinischen Post“. Momentan sei das Gebaren von Online-Apotheken zwar verkaufsfördernd, aber fragwürdig, weil „Menschen gezielt durch Krankheitsformulare geleitet“ würden, um Privatrezepte für medizinisches Cannabis zu erhalten. Der Absatz von Cannabis sei um 80% gestiegen, was zeige, dass es vornehmlich um den Konsum gehe. Das bleibt nicht ohne gesundheitliche Folgen, so Streek: Blüten werden meist geraucht; sie schädigen die Lunge und erhöhen das Krebsrisiko. Aufgrund dieses Missbrauchs, der durch das neue Gesetz möglich ist, plädiert Streek dafür, „dass Cannabisblüten nicht mehr verschrieben werden“. (KNA, 25.8.2025)

Ein weiteres Problemfeld sieht Hendrik Streek in der zunehmenden Verbreitung von synthetischen Drogen: Diese **Opiode**, wie z.B. Fentanyl, seien weltweit immer stärker auf dem Schwarzmarkt zu bekommen. Besonders gefährlich ist die Gruppe der „**Nitazene**“, die bereits bei geringsten Dosen (eine Bleistiftspitze) tödlich sein können. Sie haben nach Aussage Streeks die 500-fache Potenz von Heroin. Da die Rezepturen inzwischen mit KI auch im Heimlabor umzusetzen sind, bergen sie enorme Risiken. **Für den VkdL ist die Zunahme des Drogenkonsums ein Zeichen der Zeit: Junge Menschen werden immer stärker alleine gelassen mit ihren Problemen. Es fehlen sinnstiftende Wege, die zu einem erfüllten und lebensbejahenden Standpunkt führen, wie sie die Religion bieten kann!**

Nach 200 Jahren wieder Gelübde in Neuzelle

Seit mehr als 200 Jahren gab es keinen neuen Ordensbruder im Kloster Neuzelle in Brandenburg. 1996 war die staatliche Stiftung „Stift Neuzelle“ gegründet worden, um das Kloster wiederzubeleben. Im Jahr 2018 sandte die österreichische Zisterzienserabtei Heligenkreuz sechs Mönche aus, um das Priorat Neuzelle zu gründen.

Jetzt hat sich **Christoph Benedikt Seemann** aus Schwerin auf Lebenszeit an den Orden gebunden. Im August 2025 legte der 24-Jährige „das Gehorsams-Versprechen ab und unterzeichnete die Profess-Urkunde“, so berichtete **KNA am 25.8.2025** in seinem Pressedienst. „Wahrhaftig Großes hat der Herr an mir getan“ sagte Seemann nach dem Gelübde. Er wolle „sein Leben Christus weihen und für diese Welt und diese Region leben“, so Pater Christoph.

Eine Reform des Selbstbestimmungsgesetzes ist überfällig!

Vor knapp einem Jahr trat es in Kraft und seitdem hat es immer wieder für Unmut gesorgt: das Selbstbestimmungsgesetz, das rechtlich einmal im Jahr den Wechsel des Geschlechts absichert. Es ist lediglich eine einfache Erklärung bei einem Standesamt nötig. Besonders negativ aufgefallen sind die Folgen eines solchen Rechts durch den Fall der Rechtsextremistin Marla-Svenja Liebich, die im Jahr 2023 noch Sven Liebich hieß. Nach dem neuen Geschlechtseintrag könnte die Haft in einem Frauengefängnis anstehen. Für die Staatsanwaltschaft Halle steht im Raum, dass der Geschlechtseintrag geändert wurde, um die Haftbedingungen zu entschärfen. Nach Einschätzung von CDU und CSU läßt das Selbstbestimmungsgesetz zum Missbrauch ein, manche Politiker plädieren für die Abschaffung des Gesetzes, da sie unter anderem „Schutzräume für Frauen massiv bedroht“ sehen, so z.B. **Christoph Ploß (CDU)**. (Quelle: KNA, 25.8.2025)

Palliativ-Stiftung lehnt neues Gesetz zur Suizidhilfe ab

„Die Erfahrungen in anderen Ländern wie den Niederlanden oder Kanada zeigen eindeutig, dass rechtliche Normierungen zu einer Normalisierung von Suizidassistenten und von Tötungen auf Verlangen führen“, so zitiert KNA den Vorstandssprecher der Palliativ-Stiftung. Langfristig Sorge das für immer weniger Lebensschutz, so warnt **Thomas Sitte**. Die Legalisierung der Sterbehilfe führte in **Kanada** dazu, dass die Zahl der Tötungen von alten und schwerkranken Menschen zugenommen habe: Inzwischen gehörten 4,7% aller Todesfälle in die Rubrik „Tötung auf Verlangen“. In den **Niederlanden** wurden 2024 nach offizieller Statistik sogar 5,8% solcher Fälle registriert (= 9.958 Mal Sterbehilfe bei 172.000 Todesfällen). Auch in **Deutschland** erkennt Thomas Sitte einen klaren Trend hin zur „Legalisierung und Freigabe von Suizidbegleitung“. Es gebe eine hohe Dunkelziffer. Nach Ermessen der Palliativ-Stiftung wird die Debatte um die Freigabe der Tötung auf Verlangen weiter Fahrt aufnehmen. Auch die zunehmend eingesetzte „palliative Sedierung“ verführe zum Missbrauch, weil Patienten letztlich doch mehr Medikamente als nötig erhielten und das zum Tod führe, so Sitte. (KNA, 25.8.2025)

KI als Kernfach in den Lehrplan integrieren?

Immer stärker gewinnt man den Eindruck, dass die Gesellschaft kaum noch ohne Künstliche Intelligenz (KI) auskommt, obwohl das Thema nicht frei von Zweifeln und Risiken ist. In anderen Ländern rüsten sich inzwischen die Schulen für diese Herausforderung: Als eines der ersten Länder weltweit haben nun die **Vereinigten Arabischen Emirate** das Fach KI fest in den Bildungsgängen verankert, so die Angaben von „Gulf News“ laut KNA-Bericht. Seit dem neuen Schuljahr wird KI als Kernfach verpflichtend vom Kindergarten bis zur 12. Jahrgangsstufe unterrichtet. Hierfür werden rund 1.000 Lehrkräfte eingeplant. Auch **Indien** hat eine „Förderung der KI-Kenntnisse in der Primar- und Sekundarstufe“ eingeführt, wo sie im IT-Unterricht erfolgen soll. Auch in **Australien, Ruanda** und **Ägypten** will man KI stärker in den Lehrplänen verankern. Europa ist da noch zurückhaltend: **Großbritannien** will in einem Pilotprojekt „eine Million Schüler höherer Klasse für KI fit machen“, so KNA. Und Deutschland? (KNA, 25.8.2025)

Kinder von sucht- und psychischkranken Eltern helfen

Jedes Jahr werden 3,8 Mio. Kinder und Jugendliche mit der Suchterkrankung oder der psychischen Krankheit eines Elternteils konfrontiert. Aber sind Schulen und Lehrkräfte oder auch Mitschüler darauf vorbereitet? In der Regel teilen betroffene Kinder sich nicht von sich aus mit. Und: Sie sind besonders gefährdet, selbst auch psychisch zu erkranken oder einer Sucht zu verfallen. Präventionsmaßnahmen sind notwendig und — so die **Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU)**: Lehrkräfte müssten stärker für das Thema sensibilisiert werden. Am 21. August hatte sich die **Online-Plattform „Hilfen im Netz“** vorgestellt, zu der die Ministerin geladen war. Das bundesweite Projekt will anonyme und kostenfreie Erstberatung für Betroffene anbieten und wird vom Bundesfamilienministerium bis Juni 2026 gefördert. Prien meint: „Wir müssen Kindern und Jugendlichen mehr Gelegenheit geben, solche Dinge anzusprechen.“ Zwischen Juli 2023 und Juni 2025 gingen 3.500 Anfragen zur Mailberatung bei „Hilfen im Netz“ ein. (KNA, 22.8.2025)

Mahnmal zur Erinnerung an Missbrauch

Das Erzbistum Köln hat eine Initiative gestartet, die die Erinnerung an die schrecklichen Missbrauchstaten wachhalten soll. Kölner Gemeinden sind aufgerufen, eine **Blutbuche zu pflanzen** und mit einer Gedenktafel zu versehen. Bei der Gedenktafel kann gewählt werden zwischen einer eher sachlichen und nachdenklichen oder einer eher bildhaften Art. Der Kölner **Kardinal Rainer Maria Woelki** möchte damit ein Zeichen setzen und eine „gelebte Erinnerungskultur schaffen“. Die ursprüngliche Idee stammt von einer Betroffeneninitiative aus dem Bistum Münster, wo das Projekt erfolgreich umgesetzt wurde. Der Kölner Kardinal unterstreicht die Bedeutung: „*Die Bäume sollen als Mahnung zur Achtsamkeit sichtbare und lebendige Denkmäler gegen das Vergessen und die bleibende Verpflichtung zur Prävention sexuellen Missbrauchs sein.*“ Die Pflanzungen sollen rund um den offiziellen Gedenktag (18. November) erfolgen.

Quelle: domradio.de/KNA 26.8.2025